





- 4.2 Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 122-1 "Glienicke Winkel"  
Vorlage: 14/SVV/0949  
Fraktion DIE LINKE (neue Fassung vom 27.1.2015)
- 4.3 Entscheidung über das Ergebnis der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung  
und Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 1 "Neuer Markt/ Plantage"  
Vorlage: 14/SVV/1147  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
B/Sp.
- 4.4 Bebauungsplan Nr. 37 B "Babelsberger Straße", 1. Änderung, Teilbereich An  
den Nuthewiesen Beschluss zur Reduzierung des Geltungsbereichs sowie  
Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 14/SVV/1166  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
KOUL
- 4.5 Radwegmarkierung am Uferweg Templiner See  
Vorlage: 14/SVV/1085  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
KOUL
- 4.6 Parkraumkonzept Innenstadt weiterentwickeln  
Vorlage: 14/SVV/1170  
Fraktionen SPD, Potsdamer Demokraten
- 4.7 Gestaltung des Johan-Boumann-Platzes  
Vorlage: 15/SVV/0010  
Fraktion CDU/ANW
- 4.8 Gestaltung des Annemarie-Wolff-Platzes  
Vorlage: 15/SVV/0009  
Fraktion CDU/ANW
- 4.9 Buslinien Babelsberg-Nord  
Vorlage: 15/SVV/0038  
Fraktion DIE aNDERE
- 4.10 Busverbindung Waldsiedlung Groß Glienicke  
Vorlage: 15/SVV/0039  
Fraktion DIE aNDERE  
auch OBR Groß Glienicke

- 4.11 Bedarfsanalyse für studentisches Wohnen  
Vorlage: 15/SVV/0044  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
GSI
- 4.12 Entwicklungsbereich Krampnitz - 6. Sachstandsbericht  
Vorlage: 14/SVV/1102  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
KOUL, OBR Fahrland, OBR Neu Fahrland  
(Mitteilungsvorlage)
- 4.13 Barrierefreie Uferpromenade Alte Fahrt  
Vorlage: 15/SVV/0062  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
HA  
(Mitteilungsvorlage)
- 4.14 Grundstücksverkäufe für Geschosswohnungsbau an Investoren  
Vorlage: 15/SVV/0080  
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen  
GSI  
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.02.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 10.02.2015 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 6 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Rederecht ist von Herrn Sträter (Ortsvorsteher OBR Groß Glienicke) zum TOP 4.10 Busverbindung Waldsiedlung Groß Glienicke beantragt worden.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung kündigen Herr Tomczak und Herr Klipp Nachfragen bzw. Informationen unter dem TOP Sonstiges an.

Die Tagesordnung wird mit 7/0/0 bestätigt.

### **zu 3      Vorstellung von Vorhaben**

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Vorstellung von Vorhaben vor der Sitzung erfolgt ist.

### **zu 4      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 4.1    Stadtenergieplanung Vorlage: 14/SVV/0262**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Ausschussvorsitzende berichtet, dass der Antrag im KOUL-Ausschuss vorige Woche in geänderter Fassung als Prüfauftrag bestätigt worden ist.

Herr Walter bestätigt diese Information als Antragsteller und bittet auch den SBV-Ausschuss den Antrag als Prüfauftrag abzustimmen.

Redebedarf besteht nicht.

Folgende geänderte Fassung wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der

Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, wie** die Inhalte des integrierten Klimaschutzkonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam einschließlich des Maßnahmenkatalogs in das kommunale Planungsrecht **zu integrieren** werden **können, um damit die Voraussetzungen** ~~und so~~ für die Umsetzung des Konzeptes im Bereich der Bauleitplanung zu schaffen ~~sorgen~~ (siehe Anlage 1, „Stadtenergieplanung“).

Dabei sollen das kommunale Klimaschutz- und das Energieversorgungskonzept Grundlage einer künftigen Energie- und Klimaleitplanung werden (siehe Anlage 2: Modell „Stadtentwicklungsplanung“).

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt **zu prüfen, welche hierfür die notwendigen personellen und organisatorischen Maßnahmen hierfür zu treffen sind.**

**Das Ergebnis ist dem KOUL- und dem SBV-Ausschuss im Juli 2015 vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

#### **zu 4.2 Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 122-1 "Glienickecker Winkel"**

**Vorlage: 14/SVV/0949**

Fraktion DIE LINKE (neue Fassung vom 27.1.2015)

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass der Antrag von der Stadtverordnetenversammlung noch einmal zurück überwiesen worden ist.

Als Antragsteller bringt Herr Jäkel seinen Änderungsantrag inhaltlich nochmals in Erinnerung, wobei die Variante 1 als Vorzugsvariante betrachtet wird; ggf. könnte Konsens mit der Variante 2 hergestellt werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Kirsch zur Eigentumssituation, welche keine unmittelbare Konsequenz zum Bebauungsplan habe, geht Herr Kahle kurz ein.

Herr Eichert äußert, dass bei der Umsetzung des Antrages Konfliktpotential entstehen würde und Regressansprüche bzw. Klagen zu erwarten wären. Von daher entspricht der Antrag der SPD-Fraktion (gestellt in der Sitzung SBV-Ausschuss am 13.1.15) eher den Interessenlagen, da er am ehesten den Ausgleich schaffe.

Herr Heuer bittet zu beachten, dass heute ausschließlich der Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Debatte stehe. Der Antrag der SPD-Fraktion ist im Januar 2015 mit 5/2/0 zur Beschlussfassung empfohlen worden.

Herr Jäkel erwidert, dass der Antrag gesamt zurück überwiesen worden ist.

Herr Heuer nimmt Bezug auf die vorliegende Tagesordnung, auf der als zu behandelnde DS die neue Fassung des Antrages der Fraktion DIE LINKE steht. Von daher ist die bestehende Beschlusslage aus der Januarsitzung 2015 nicht betroffen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die neue Fassung des Antrages der Fraktion DIE LINKE mit Variante 1 zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, entsprechend Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.05.2014 den Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr.122-1 „Glienicke Winkel“ zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei ist der Plan **entsprechend Darstellung mit einer einreihigen Bebauung südlich der Hermann-Maaß-Straße und der dauerhaften Festsetzung aller übrigen Flächen für kleingärtnerische Nutzung zu erstellen. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr.122-1 „Glienicke Winkel“ ist gemäß § 3 Abs.2 BauGB öffentlich auszulegen (zeichnerische Darstellung Variante 1 – sh. Anlage).**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>2</b>
Ablehnung:	<b>4</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

(Das Abstimmungsvotum zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Januar-Ausschusssitzung bleibt davon unberührt).

- zu 4.3 Entscheidung über das Ergebnis der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 1 "Neuer Markt/ Plantage"**  
**Vorlage: 14/SVV/1147**  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
B/Sp.

Der Ausschussvorsitzende erinnert an den bereits in der vergangenen Sitzung eingebrachten Antrag der Fraktion DIE LINKE.  
Zusätzlich liegen jetzt noch aktuell 2 neue Anträge vor und der Ausschussvorsitzende bittet die Antragsteller um Einbringung.

Herr Linke bringt für die Fraktion DIE ANdere folgenden Änderungsantrag zur Sicherung des Schulsport- und Kinderspielplatzes Plantage ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
In den Text der DS 14/SVV/1147 wird ein zusätzlicher Absatz 2 eingefügt:  
*Abweichend vom Abwägungsvorschlag des Oberbürgermeisters wird dieser beauftragt, im Entwurf die bestehende Fläche, die derzeit für Schulsport und als Spielplatz genutzt wird, explizit für diese Nutzungsarten festzuschreiben. Das Aufstellen fester Tore auf der Spielfläche soll ausdrücklich vorgesehen werden. Die Unterlagen sind entsprechend zu ändern.“*

Herr Heuer bringt den gemeinsamen Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD, CDU/ANW, Grüne, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler ein.

**„1. Ergänzungsantrag zum Beschlusstext**

Der Beschlusstext soll wie folgt ergänzt werden:

4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zur weiteren Entwicklung des Standortes Garnisonkirche / Verwaltung Rechenzentrum noch im 1. Halbjahr 2015 einen Bürgerdialog einzuleiten.
5. Sollte im Ergebnis eines Bürgerdialogs eine Änderung der Sanierungsziele erforderlich werden, so ist diese Entwicklung unmittelbar auch in einem Verfahren zur Änderung des Planungsrechts aufzugreifen.
6. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Umsetzung der textlichen Festsetzung 7.2 im Rahmen der Neugestaltung der Plantage zu gewährleisten. Bei dem durchzuführenden landschaftsplanerischen Realisierungswettbewerb sind auch legitimierte Vertreter der Dortu-Schule einzubeziehen.

**2. Ergänzungsantrag zum Planinhalt Langer Stall**

Am Ende des 4. Absatzes, letzte Zeile ist anzufügen:

Letztere wird in dem vorgesehenen Ausschreibungsverfahren des städtischen Grundstückes die höchste Bewertung erhalten.

**3. Der Begründungstext soll wie folgt ergänzt werden:**

**Studentenwohnheim**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fordert die Verwaltung auf, bis zum Beschluss über das Ergebnis der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 1 "Neuer Markt/ Plantage" (DS 14/SVV/1147) in der Stadtverordnetenversammlung am 4. März 2015 eine veränderte Begründung vorzulegen, die Irritationen über die Absichten der Landeshauptstadt zum überplanten Teil des Studentenwohnheims in der Breiten Straße ausschließt. Das Studentenwohnheim genießt Bestandsschutz, sodass sich die Festsetzungen im Bebauungsplan allein auf ein langfristiges städtebauliches Ziel beziehen aber keine Auswirkungen auf die jetzige Situation haben.

Redaktionell wäre im Beschlusstext dann zu ändern:

Der Bebauungsplan Nr. 1 „Neuer Markt/ Plantage“ wird in der vorliegenden Fassung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen, die dazugehörige Begründung wird mit Änderungen gebilligt. (Anlagen 1 und 2)“

Auf Nachfragen verschiedener Ausschussmitglieder gehen Herr Klipp und Herr Kahle (Stadtplanung und Stadterneuerung) ein. Wie bereits in der vergangenen Sitzung mitgeteilt worden ist, machen sie nochmals darauf aufmerksam, dass materielle Änderungen in der Begründung zur Satzung sowie Änderungen in den textlichen Festsetzungen entsprechend Baugesetzbuch die Durchführung eines nochmaligen Verfahrens (erneute Auslegung) erfordern.

Herr Klipp kündigt an, dass der Oberbürgermeister in der morgigen Hauptausschusssitzung über den Start des Bürgerdialoges zur Garnisonkirche informieren wird.

Wenn dem Punkt 5 des Antrages der Kooperation gefolgt wird, würde die Verwaltung bis zur Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Austauschseite vorbereiten.

Hinsichtlich des Studentenwerkes informiert Herr Klipp über die erfolgte Verständigung zwischen der Verwaltung und dem Studentenwerk. Er bestätigt, dass das Studentenwerk kein Problem mit dem vorliegenden Bebauungsplan habe und verweist auf die als Tischvorlage ausgereichte gemeinsame Presseerklärung,

Der Ausschussvorsitzende bittet, diese dem Protokoll als Anlage beizufügen und auch als Anlage zum Bebauungsplan zu nehmen.

Herr Beyer (Stadterneuerung) erklärt, dass durch redaktionelle Änderungen in der Begründung zum Bebauungsplan die Formulierung zur Wiederherstellung der innerstädtischen Grünanlage Plantage noch präzisiert wird. Damit wird klargestellt, dass bei der Wiederherstellung der Grünanlage in historischer Dimension keine Rekonstruktion historischer Planungen angestrebt wird. Ein Vorschlag der Verwaltung über die redaktionellen Änderungen wird als Anlage zu diesem Protokoll gegeben sowie der Stadtverordnetenversammlung als Ergänzungsblatt zur Beschlussfassung der DS 14/SVV/1147 vorgelegt. Nach Beschlussfassung werden die Änderungen in die endgültige Fassung der Begründung übernommen.

Herr Jäkel bittet die 3 Punkte des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE getrennt abzustimmen.

Herr Tomczak erkundigt sich hinsichtlich des angekündigten Bürgerdialoges, ob es nicht besser sei, das Ergebnis abzuwarten, um ggf. Änderungen am Sanierungskonzept vorzunehmen.

Herr Klipp empfiehlt dies nicht. Er ergänzt, wenn der Bürgerdialog zu einem klaren Ergebnis führt, der die Sanierungsziele ändert, dann wäre die Änderung des B-Planes zu einem späteren Zeitpunkt möglich. Er bittet auch zu beachten, dass die Planung im Blockinnenbereich abgeschlossen werden müsse.

Herr Kahle betont nochmals ausdrücklich, dass Änderungen am eigentlichen Satzungsbeschluss dazu führen würden, dass das Bauleitplanverfahren in das 26. bzw. 27. Jahr geht. Hingegen sind redaktionelle Änderungen in der Begründung möglich, z.B. hinsichtlich der Integration von Schulsportanlagen.

Jedoch kein Eingriff in den unmittelbaren Satzungsbestandteil.

Herr Klipp informiert darüber, dass im Falle einer zum späteren Zeitpunkt notwendigen Änderung des Bebauungsplanes diese über eine 1. Änderung als Teil-Bebauungsplan erfolgen könne. (verkleinerter Geltungsbereich)  
Hinsichtlich Punkt 2 des Ergänzungsantrages der Kooperation verweist er auf das Ergebnis der interfraktionellen Arbeitsgruppe. Aussagen zum Vergabeverfahren einzelner Grundstücke und die Bewertung dieser noch nicht bekannter Entwürfe sind nicht Gegenstand eines Bebauungsplanes.

Nach weiteren Äußerungen der Ausschussmitglieder äußert Herr Klipp, dass durch die Änderungen aus der Kooperation die Substanz des Bebauungsplanes nicht verändert wird, bittet aber um Streichung des Punkt 2.

Herr Linke informiert, dass er den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE zurück ziehen würde, wenn der 6. Punkt des Beschlusstextes (EA der Kooperation) wie folgt ergänzt wird:  
**um die schulsportlichen Belange sicher zu stellen.“**

Herr Heuer übernimmt v.g. Ergänzung, so dass Herr Linke den Änderungsantrag zurück zieht.

Herr Heuer nimmt den 2. Punkt – Ergänzungsantrag zum Planinhalt Langer Stall – aus dem Kooperationsantrag heraus, so dass der Umgang mit der STVV geklärt werden kann.

### **Die vorliegenden Anträge werden zur Abstimmung gebracht:**

#### Antrag der Fraktion DIE LINKE

Im Beschlussvorschlag der Verwaltung sind der 2. und 3. Satz zu streichen. Es sind nachfolgende Punkte in den Plan einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis: 2/5/0

1.

Die Signatur der „Plantage“, derzeit „Öffentliche Parkanlage“ ist zu ergänzen mit der Signatur „Schulsportanlage, Spielplatz.“

Abstimmungsergebnis: 2/4/1

2.

In der Planzeichnung ist die westliche Baugrenze des MI4 auf die westliche Grenze des bestehenden Studentenwohnheimes zu korrigieren. Die Fläche des markierten Stadtplatzes ist entsprechend zu verkleinern.

Abstimmungsergebnis: 2/5/0

#### Geänderter Ergänzungsantrag der SPD, CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler

## **Ergänzungsantrag zum Beschlusstext**

Der Beschlusstext soll wie folgt ergänzt werden:

4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zur weiteren Entwicklung des Standortes Garnisonkirche / Verwaltung Rechenzentrum noch im 1. Halbjahr 2015 einen Bürgerdialog einzuleiten.
5. Sollte im Ergebnis eines Bürgerdialogs eine Änderung der Sanierungsziele erforderlich werden, so ist diese Entwicklung unmittelbar auch in einem Verfahren zur Änderung des Planungsrechts aufzugreifen.
6. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Umsetzung der textlichen Festsetzung 7.2 im Rahmen der Neugestaltung der Plantage zu gewährleisten. Bei dem durchzuführenden landschaftsplanerischen Realisierungswettbewerb sind auch legitimierte Vertreter der Dortu-Schule einzubeziehen, um die schulsportlichen Belange sicherzustellen.

**Der Begründungstext zur DS 14/SVV/1147 soll wie folgt ergänzt werden:**

### **Studentenwohnheim**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fordert die Verwaltung auf, bis zum Beschluss über das Ergebnis der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 1 "Neuer Markt/ Plantage" (DS 14/SVV/1147) in der Stadtverordnetenversammlung am 4. März 2015 eine veränderte Begründung vorzulegen, die Irritationen über die Absichten der Landeshauptstadt zum überplanten Teil des Studentenwohnheims in der Breiten Straße ausschließt. Das Studentenwohnheim genießt Bestandsschutz, sodass sich die Festsetzungen im Bebauungsplan allein auf ein langfristiges städtebauliches Ziel beziehen aber keine Auswirkungen auf die jetzige Situation haben.

Redaktionell wäre im Beschlusstext dann zu ändern:

Der Bebauungsplan Nr. 1 „Neuer Markt/ Plantage“ wird in der vorliegenden Fassung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen, die dazugehörige Begründung wird mit Änderungen gebilligt. (*Anlagen 1 und 2*)

Abstimmungsergebnis: 6/1/0

Die entsprechend geänderte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 1 „Neuer Markt/ Plantage“ (*gemäß Anlage 3*) entschieden.

Entsprechend dem Ergebnis der Abwägung ist keine Änderung des

Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 1 „Neuer Markt/ Plantage“ erforderlich.

Der Bebauungsplan Nr. 1 „Neuer Markt/ Plantage“ wird in der vorliegenden Fassung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen, die dazugehörige Begründung wird **mit Änderungen** gebilligt. (Anlagen 1 und 2).

**einschl. folgender Ergänzung des Beschlusstextes:**

4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zur weiteren Entwicklung des Standortes Garnisonkirche / Verwaltung Rechenzentrum noch im 1. Halbjahr 2015 einen Bürgerdialog einzuleiten.
5. Sollte im Ergebnis eines Bürgerdialogs eine Änderung der Sanierungsziele erforderlich werden, so ist diese Entwicklung unmittelbar auch in einem Verfahren zur Änderung des Planungsrechts aufzugreifen.
6. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Umsetzung der textlichen Festsetzung 7.2 im Rahmen der Neugestaltung der Plantage zu gewährleisten. Bei dem durchzuführenden landschaftsplanerischen Realisierungswettbewerb sind auch legitimierte Vertreter der Dortu-Schule einzubeziehen, um die schulsportlichen Belange sicher zu stellen.

**Und folgender Ergänzung in der Begründung zur Vorlage 14/SVV/1147:**

#### **Studentenwohnheim**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fordert die Verwaltung auf, bis zum Beschluss über das Ergebnis der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 1 "Neuer Markt/ Plantage" (DS 14/SVV/1147) in der Stadtverordnetenversammlung am 4. März 2015 eine veränderte Begründung vorzulegen, die Irritationen über die Absichten der Landeshauptstadt zum überplanten Teil des Studentenwohnheims in der Breiten Straße ausschließt. Das Studentenwohnheim genießt Bestandsschutz, sodass sich die Festsetzungen im Bebauungsplan allein auf ein langfristiges städtebauliches Ziel beziehen aber keine Auswirkungen auf die jetzige Situation haben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

**zu 4.4      Bebauungsplan Nr. 37 B "Babelsberger Straße", 1. Änderung, Teilbereich An den Nuthewiesen Beschluss zur Reduzierung des Geltungsbereichs sowie Abwägung und Satzungsbeschluss**

**Vorlage: 14/SVV/1166**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
KOUL

Der Ausschussvorsitzende erinnert, dass die Vorlage in der vergangenen Sitzung zurück gestellt worden ist, da nicht allen Ausschussmitgliedern der zur Vorlage gehörende Städtebauliche Vertrag vorgelegen hat. Zwischenzeitlich steht er allen zur Verfügung.

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) geht auf die Inhalte des Städtebaulichen Vertrages ein.

Redebedarf besteht nicht, so dass die Vorlage zur Abstimmung gestellt wird:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 37 B "Babelsberger Straße", 1. Änderung, Teilbereich An den Nuthewiesen ist entsprechend der Darstellung in Anlage 3 zu reduzieren.
2. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 37 B "Babelsberger Straße", 1. Änderung, Teilbereich An den Nuthewiesen entschieden (gemäß Anlage 4).
3. Dem Städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 37 B "Babelsberger Straße", 1. Änderung, Teilbereich An den Nuthewiesen (gemäß Anlage 7) wird zugestimmt.
4. Der Bebauungsplan Nr. 37 B "Babelsberger Straße", 1. Änderung, Teilbereich An den Nuthewiesen wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (s. Anlagen 5 und 6).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.5 Radwegmarkierung am Uferweg Templiner See**

**Vorlage: 14/SVV/1085**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
KOUL

Herr Walter informiert, dass es zwischenzeitlich einen Ortstermin gegeben hat. Die Verwaltung hat zugesichert, das mit dem Antrag verbundene Anliegen im Zusammenhang mit noch auszuführenden Arbeiten zu prüfen und über das Ergebnis in der Mitte des Jahres zu informieren. Als Antragsteller bittet Herr Walter den Antrag solange zurück zu stellen, bis die entsprechende Information aus der Verwaltung vorliegt.

Der SBV-Ausschuss stimmt dem Vorschlag auf Zurückstellung mit 7/0/0 zu.

#### **zu 4.6 Parkraumkonzept Innenstadt weiterentwickeln**

**Vorlage: 14/SVV/1170**

Fraktionen SPD, Potsdamer Demokraten

Herr Heuer bringt den Antrag ein.

Herr Kahle (Verkehrsentwicklung) berichtet, dass von Seiten der Verwaltung /Kommunaler Immobilien Service den Anwohnern bereits zu besonderen Festen die Gelegenheit gegeben wird, auf dem Verwaltungsgelände zu parken. Die Verwaltung spricht sich gegen eine Ausdehnung aus, da Parkhäuser zur Nutzung im Innenstadtbereich zur Verfügung stehen und weiterer Verkehr in der Innenstadt kontraproduktiv im Sinne des Innenstadtverkehrskonzeptes sei. Er spricht sich dafür aus, das generelle Thema im Zusammenhang mit dem Innenstadtverkehrskonzept zu betrachten.

Herr Heuer betont, dass mit dem Antrag nicht beabsichtigt ist, weiteren Verkehr in die Innenstadt zu holen. Im Antrag geht es nur um die für die Anwohnernutzung gesperrten Flächen während einer Veranstaltung.

Herr Jäkel äußert aus eigener Erfahrung bei Besuchen der Innenstadt, dass bei solchen Festen die Parkhäuser in hohem Maße ausgenutzt werden.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Parkraumkonzept für die Innenstadt weiterzuentwickeln, um auf den gestiegenen Nutzungsdruck zu reagieren. Dabei sollen folgende Aspekte in die Prüfung einbezogen werden:

Ausweichparkmöglichkeit für Anwohner auf dem Gelände der Stadtverwaltung in der Abend- und Nachtzeit sowie an Wochenenden insbesondere während Veranstaltungen oder anderen Sperrungen (z.B. Dreharbeiten, Märkte, Läufe...), Durchsetzung des Anwohnerparkens gegenüber Falschparkern, Ausweitung des

Mischparkens, Anpassung der Parkgebühren, weiträumige Information über die aktuelle Parkplatzsituation, offensiven Verweis auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zur Anreise bei Veranstaltungen und andere geeignete Maßnahmen, die das Innenstadtparken im Gebiet zwischen Holländischem Viertel und Luisenplatz ordnen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

**zu 4.7 Gestaltung des Johan-Boumann-Platzes**

**Vorlage: 15/SVV/0010**

Fraktion CDU/ANW

Herr Eichert bringt den Antrag ein.

Herr Klipp äußert einleitend, dass er natürlich nicht grundsätzlich gegen Wettbewerbskultur sei. Anhand eines Planes (sh. Anlage zum Protokoll) erläutert er die Situation und die gefundene Lösung. Ziel der Planung war es, den Stadtplatz, den vorgelagerten Parkplatz und die Grünflächen auf das Niveau eines öffentlichen Stadtplatzes zu bringen. Die entsprechende einheitliche Gestaltungsvorgabe ist im Vorfeld der Ausschreibung beigefügt worden und somit Anlage des Kaufvertrages für die privaten Flächen. Herr Klipp rät davon ab, für diesen kleinen Stadtplatz einen Wettbewerb durchzuführen. Vielmehr schlägt er vor, eine öffentliche Bürgerbeteiligung durchzuführen und – falls noch bessere Vorschläge/Ideen erfolgen – diese ggf. zu übernehmen.

Auf kritische Äußerungen verschiedener Ausschussmitglieder zum Verfahren erklärt Herr Klipp, dass die Gestaltung des öffentlichen Raumes eben nicht dem privaten Investor überlassen worden ist. Auftraggeber für diese Planung ist die Stadtverwaltung und der Entwicklungsträger als Vorgabe für den Kaufvertrag. Die Orientierung lag hier auf der Qualität aller Flächen als öffentlicher Stadtplatz.

Nach weiterem Fordern mehrerer Ausschussmitglieder hinsichtlich frühzeitiger Einbeziehung und Bürgerbeteiligung stellt Herr Klipp dar, dass die Alternative gewesen wäre, die privaten Flächen nur nach Höchstgebot, ohne Gestaltungsvorgaben, auszuschreiben. In diesem Falle lag die Besonderheit darin, dass die private Fläche im Zusammenhang mit einer öffentlichen Fläche liegt.

Herr Eichert ändert den Antrag dahingehend, dass der zweite Absatz gestrichen wird und statt dessen folgender Absatz neu aufgenommen wird:  
„Der von der Verwaltung im SBV Ausschuss vorgestellte Entwurf ist den Bewohnern des Entwicklungsbereichs im Detail vorzustellen. Deren Meinung soll in angemessener Weise festgestellt und bei der Entscheidung über die

Platzgestaltung berücksichtigt werden. Soweit der Entwurf keine Zustimmung erfährt wird der Oberbürgermeister beauftragt, für die Gestaltung des Platzes einen landschaftsplanerischen Realisierungswettbewerb durchzuführen.“

Der vom Antragsteller geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Bornstedter Feld ist im B-Plan 40 Kaserne Kirschallee an der Ecke Erich-Mendelsohn-Allee/Boltzmann-Straße der Johan-Boumann-Platz geplant.

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Gestaltung des Platzes einen landschaftsplanerischen Realisierungswettbewerb durchzuführen. Die Ergebnisse und die Juryentscheidung sind den Bewohnern des Entwicklungsbereichs im Detail vorzustellen. Deren Meinung soll in angemessener Weise festgestellt und bei der Entscheidung über die Platzgestaltung berücksichtigt werden.~~

**Der von der Verwaltung im SBV Ausschuss vorgestellte Entwurf ist den Bewohnern des Entwicklungsbereichs im Detail vorzustellen. Deren Meinung soll in angemessener Weise festgestellt und bei der Entscheidung über die Platzgestaltung berücksichtigt werden. Soweit der Entwurf keine Zustimmung erfährt wird der Oberbürgermeister beauftragt, für die Gestaltung des Platzes einen landschaftsplanerischen Realisierungswettbewerb durchzuführen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 4.8 Gestaltung des Annemarie-Wolff-Platzes**  
**Vorlage: 15/SVV/0009**  
Fraktion CDU/ANW

Herr Eichert bringt den Antrag ein.

Herr Klipp sichert für die Verwaltung zu, den Antrag zu unterstützen.

Nach Äußerungen verschiedener Ausschussmitglieder ergänzt Herr Klipp, dass das betreffende Baufeld im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 42.4 „Kaserne Pappelallee/Am Schragen“ nicht als öffentlicher Bereich im Sinne einer Platzanlage festgesetzt ist. Hier handelt es sich um eine private nicht

überbaubare Grundstücksfläche mit einer Größe ca. 150m<sup>2</sup>. Für die Gestaltung und Integration öffentlichkeitswirksamer Nutzungen für das Baufeld könnte ein Ideenwettbewerb zur Nutzung und Gestaltung durchgeführt werden. Dieses Verfahren könnte im Rahmen eines studentischen Wettbewerbs realisiert werden, hierfür würde insbesondere die räumliche Nähe zur Fachhochschule sprechen. Sinn mache ein solches Verfahren jedoch erst, wenn der Bauherr des „Platzrandes“ fest steht.

Herr Jäkel schlägt vor, den Antrag auf die nächste Sitzung zu vertagen und bittet, die Verwaltung zur nächsten Sitzung eine entsprechende Skizze vorzubereiten.

Herr Eichler stellt den Antrag bis zur Sitzung am 10.3.2015 zurück, um zusätzliche Informationen der Verwaltung zu erhalten.

Der SBV-Ausschuss stimmt dem Vorschlag mit 7/0/0 zu.

**zu 4.9      Buslinien Babelsberg-Nord**  
**Vorlage: 15/SVV/0038**  
Fraktion DIE aNDERE

Der Ausschussvorsitzende macht aufmerksam, dass zu dieser Thematik bereits die DS 15/SVV/0030 und 0045 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden sind.

Herr Linke bringt den Antrag ein.

Herr Kahle (Verkehrsentwicklung) erinnert an den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 14/SVV/0811 Dritte Änderungsvereinbarung zum Verkehrsleistungs- und –finanzierungsvertrag; Ergänzung der Vereinbarung zur Bereitstellung der finanziellen Mittel. Die zugrunde liegende Kalkulation der Ausgleichskosten orientiert sich an der Fortschreibung des bestehenden Betriebsangebotes sowie der Umsetzung des Buskonzeptes. Bei einer geforderten Verdichtung des Fahrplanangebotes für Potsdam Babelsberg-Nord handelt es sich aus Sicht der LHP um ein zusätzliches Verkehrsangebot, welches über das im Verkehrsleistungs- und Finanzierungsvertrag zwischen LHP und ViP hinausgeht. Da die Kapazitäten an Fahrzeugen und Personal der ViP vollständig im planmäßigen Fahrplanangebot aufgehen, entstünden hier Mehraufwendungen für einen zusätzlichen Bus sowie das entsprechende Personal. Entsprechend ist die finanzielle Deckung ungesichert.

Herr Kahle berichtet über den erfolgten Wechsel der Buslinien 694 gegen 693 und erläutert die damit verbesserten Anbindungen. Hinsichtlich der Buslinie 616 bestätigt Herr Kahle, dass die Linie bisher noch nicht ausreichend kommuniziert worden ist und verweist auf den Flyer Bus 616, welcher die Verknüpfungen darstellt.

Nach Meinungsäußerungen verschiedener Ausschussmitglieder ändert Herr Linke in seinem Antrag die Terminstellung auf 1.4.2015.

Der vom Antragsteller geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister und die Vertreter\*innen der Stadt Potsdam in den Gremien des städtischen Verkehrsbetriebes (ViP) und der Stadtwerke GmbH werden beauftragt, sicherzustellen, dass das Stadtgebiet in Babelsberg-Nord unverzüglich - spätestens aber zum 01.04.2015 - wieder durch eine Busverbindung im 20-Minuten-Takt an das Zentrum Babelsbergs bzw. die Innenstadt angebunden wird.

Bei Bedarf ist dazu eine Sondersitzung der Aufsichtsräte und/oder Gesellschafterversammlung einzuberufen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist ~~im März~~ **im April** 2015 über den Sachstand zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>2</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>5</b>

**zu 4.10 Busverbindung Waldsiedlung Groß Glienicke**

**Vorlage: 15/SVV/0039**

Fraktion DIE aNDERE  
auch OBR Groß Glienicke

Herr Linke bringt für die Fraktion DIEaNDERE folgende neue Fassung ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister und die Vertreter\*innen der Stadt Potsdam in den Gremien des städtischen Verkehrsbetriebes (ViP) und der Stadtwerke GmbH werden angewiesen, die in der Novembersitzung 2014 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossene Drucksache 14/SVV/0766 im Sinne des nachstehenden Vorschlags umzusetzen. Bei gleichbleibenden Takten der Buslinie 638, sollte zukünftig jeder 2. Bus über die Waldsiedlung fahren.

Die Verkehrsbetriebe sollen prüfen, welche der beiden Anbindungsvarianten effektiver und zeitnaher umzusetzen ist:

a) die Waldsiedlung wird über eine Schleife angefahren.1

b) die Anbindung erfolgt mittels Durchfahrt von Seeburg.2  
Ein Halt in Seeburg ist vorerst nicht notwendig. Dieser kann oder sollte in  
Absprache mit dem LK HVL ggf. zu einem späteren Zeitpunkt aufgenommen  
werden.

Die Zahl der Haltepunkte in der Waldsiedlung soll auf einen begrenzt werden  
(Haltestellenbündelung).

Gleichzeitig sollte geprüft werden, ob diese Haltestelle vor das Gelände (an die  
Seeburger Chaussee) gelegt werden kann, um die Fahrzeit zu optimieren.

Die Stadtverordnetenversammlung ist über die eingeleiteten Maßnahmen und  
den erreichten Sachstand im April 2015 zu informieren.

(1 Schleife vom Am Park zur Waldsiedlung und dann Ritterfelddamm bzw.  
umgekehrt)

2 Parallelroute unter Weglassung der Haltestellen Ritterfelddamm, Außenweg,  
Landschaftsfriedhof Gatow“

Herr Sträter (Ortsvorsteher Groß Glienicke) äußert bedauernd, dass mit dem  
OBR keine Abstimmung erfolgt ist. Er berichtet, dass der Ortsbeirat am 17.2.15  
folgenden Beschluss mit 6 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung gefasst hat:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich für eine umsteigefreie  
Anbindung der Waldsiedlung (OT Groß Glienicke) an die Potsdamer Innenstadt  
und den Bahnhof Spandau Sorge zu tragen. Der beim letzten Fahrplanwechsel  
eingeführte 20-Minuten-Takt ist auf jeden Fall zu erhalten. Innerhalb dieses  
Taktes sollte eine Anbindung einmal stündlich in der Hauptverkehrszeit erfolgen.“

Bzgl. der Anbindung der Waldsiedlung besteht von der jetzigen Haltestelle  
Ritterfelddamm mit 10minütigem Fußweg kein so unnachweislicher  
Handlungsbedarf.

Es ist erforderlich, dass Groß Glienicke in Stoßzeiten im 20minütigen Takt  
angebunden ist; dies darf unter keinen Umständen gefährdet werden. Aus  
diesem Grund wirbt er dafür , dem v.g. OBR-Beschluss zu folgen.

Hinsichtlich der im Antrag der Fraktion DIE aNDERE angesprochene Umsetzung  
des Beschlusses 14/SVV/0766 informiert Herr Kahle, dass die Beschlussfassung  
am 12.11.2014 nach Ablauf der für die Fahrplanmeldung zum Fahrplanwechsel  
vorgesehenen Fristen beim Verkehrsverbund VBB erfolgte. In Vorbereitung des  
Fahrplanwechsels 2014/15 war durch sämtliche Verkehrsunternehmen im  
Verbundgebiet bis Mitte Oktober 2014 der Fahrplan anzumelden.

Nach weiteren Wortmeldungen der Ausschussmitglieder wird gebeten, folgende  
Aufbereitung vorzunehmen und im nächsten SBV-Ausschuss zu präsentieren:

- derzeitige Situation
- Umsetzung des Beschlusses 14/SVV/0766
- Umsetzung der neuen Fassung 15/SVV/0039
- Beschluss des OBR GG vom 17.2.15

einschl. der daraus folgenden Konsequenzen.

Herr Kahle macht aufmerksam, dass der Verkehrsbetrieb Zeit für entsprechende  
Berechnungen benötigt, so dass die Berichterstattung nicht vor dem 24.3.  
erfolgen könne.

Der SBV-Ausschuss legt fest, dass sich

- der Ortsbeirat,
- die Fraktion DIE aNDERE,
- der Verkehrsbetrieb
- und die Verwaltung

bis dahin zusammen setzen, um eine gemeinsame Klärung herbeizuführen.

Die Behandlung des Antrages wird bis zum 24.3.15 zurück gestellt.

**zu 4.11 Bedarfsanalyse für studentisches Wohnen**

**Vorlage: 15/SVV/0044**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

GSI

Herr Walter informiert, dass die Thematik des Antrages ein Bestandteil des Wohnungspolitischen Konzeptes ist und erklärt, dass der Antrag damit als durch Verwaltungshandeln erledigt betrachtet wird.

**zu 4.12 Entwicklungsbereich Krampnitz - 6. Sachstandsbericht**

**Vorlage: 14/SVV/1102**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

KOUL, OBR Fahrland, OBR Neu Fahrland

Es wird erinnert, dass zur Straßenbahnführung bereits in der letzten Sitzung informiert worden ist.

Herr Lakenbrink (Entwicklungsträger Bornstedter Feld) berichtet zum Wettbewerbsverfahren (Präsentation sh. Anlage).

Herr Heuer erkundigt sich nach der Anbindung der Straßenbahn nach Krampnitz.

Herr Klipp informiert, dass durch den ViP dazu eine Kosten-Nutzenuntersuchung durchgeführt wird und schlägt vor, darüber zu gegebener Zeit zu informieren. Dies wird ca. Mitte des Jahres sein.

Zur Frage von Herrn Heuer nach dem straßenseitigen Konzept erfolgt die Verständigung, dass die Berichterstattung in einer der nächsten Sitzungen erfolgt, voraussichtlich am 14.4.15.

Auf verschiedene weitere Rückfragen der Ausschussmitglieder, wie die Normenkontrollklagen und das Energiekonzept, geht Herr Klipp kurz ein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**zu 4.13    Barrierefreie Uferpromenade Alte Fahrt**

**Vorlage: 15/SVV/0062**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
HA

Herr Beyer (Stadterneuerung) geht auf die Inhalte der Mitteilungsvorlage ein.

Die Rückfrage, welche Lösung für eine barrierefreie Uferpromenade gewählt worden ist, kann heute noch nicht beantwortet werden, da gegenwärtig noch intensive Gespräche zur Überarbeitung der technischen Lösung laufen.

Der SBV-Ausschuss bittet über die gewählte Lösung in der kommenden Sitzung zu informieren.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**zu 4.14    Grundstücksverkäufe für Geschosswohnungsbau an Investoren**

**Vorlage: 15/SVV/0080**

Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen  
GSI

Herr Scheffler (Grundstücksmanagement) geht auf die Inhalte der Mitteilungsvorlage ein. Auf Nachfrage betont Herr Scheffler, dass es hier um die Grundstücke aus dem Finanzvermögen gehe und kaum noch Grundstücke, die sich für einen Geschosswohnungsbau eignen, vorhanden sind. Optimistisch geschätzt wird es im Jahr 1 oder 2 Verkäufe geben.

Die Frage von Herrn Kirsch wie viel Garagenstandorte es gibt und wie viel Geschosswohnungsbau dort möglich wäre, also nach dem städtischen Potential, kann im Moment nicht beantwortet werden. Herr Scheffler wird gebeten, diese Informationen aufzubereiten und dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Herr Jäkel spricht den Umgang mit den städtischen Gesellschaften an und erkundigt sich, ob im Rahmen der Erarbeitung des wohnungspolitischen Konzeptes Untersuchungen geführt werden?

Herr Klipp teilt mit, dass durch den Oberbürgermeister beabsichtigt worden ist, im März eine Expertenrunde zur Thematik: Wohnungsneubau im Rahmen des Wohnungspolitischen Konzeptes durchzuführen.

Daran werden voraussichtlich Vertreter folgender Unternehmen teilnehmen:

BBU Verband Berlin Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V

BFW Landesverband Berlin/Brandenburg  
Genossenschaft "Karl-Marx" Potsdam eG  
Potsdamer Wohnungsgenossenschaft 1956 eG  
Groth Gruppe  
Investitionsbank des Landes Brandenburg  
Kirsch & Drechsler Hausbau GmbH  
Kondor Wessels Holding GmbH  
NCC Deutschland GmbH  
Potsdamer Wohnungsbaugenossenschaft eG  
ProPotsdam GmbH  
Verein zur Förderung innovativer Wohn- und Lebensformen e.V.  
Haus- und Grundeigentümergeverein Potsdam und Umgebung e.V.  
SEMMEHAACK Wohnungsunternehmen  
Arbeitskreis Stadtspuren  
c/o PROJEKTKOMMUNIKATION Hagenau GmbH  
Wohnungsbaugenossenschaft 1903 Potsdam eG

Herr Kirsch bestätigt den Nutzen solcher Runden und regt an, die Ergebnisse aus diesen Runden im SBV-Ausschuss vorzustellen, bzw. wirbt er dafür, daran teilzunehmen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**zu 5      Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 6      Sonstiges**

Herr Klipp informiert, dass in der morgigen Hauptausschusssitzung zum Thema Einhaltung der Grenzwerte für Luftschadstoffe in der Zeppelinstraße informiert wird. Er empfiehlt, das Thema bereits unabhängig von der Überweisung von diesbezüglichen Anträgen in die TO SBV 10.3.15 aufzunehmen.

Herr Tomczak spricht das Thema Nowawiese kurz an.  
Herr Klipp verweist an den Kommunalen Immobilien Service.

Herr Kühnemann erkundigt sich nach dem Sachstand zur Alten Post.  
Herr Klipp antwortet, dass dies keine Frage für die Bauverwaltung sei.

Herr Kühnemann bittet um Auskunft zum Thema Weinbergterrassen.  
Herr Klipp entgegnet, dass die Informationen gegeben werden können, wenn das Vorhaben in den Listen der Verwaltung zu Vorbescheids- bzw. Bauanträgen enthalten ist. Auf Presseberichte werde aber nicht reagiert.

Herr Kühnemann erkundigt sich nach dem Ergebnis eines städtebaulichen

Gutachterverfahren zum Tennisgelände/ehem. Straßenbahndepot.  
Herr Klipp hat in Erinnerung, dass dazu bereits im SBV berichtet wurde, wird dies  
aber überprüfen.

Ralf Jäkel  
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp  
Niederschrift